

14. Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Krankenkasse durch den Kanton Zürich

Motion Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), Brigitte Röösli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich) vom 13. Mai 2024

KR-Nr. 168/2024, RRB-Nr. 922/4. April 2024 (Stellungnahme)

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen): Zuerst gleich einmal, was diese Motion nicht ist: Mit dieser Motion fordern wir keine Einheitskasse für den Kanton Zürich, wirklich nicht. Falls Sie das in Ihrem Votum haben: Wir fordern keine Einheitskasse. Und nein, wir wollen auch kein neues Bürokratiemonster schaffen, wir wollen einfach eine Kasse mehr. Klingt fast bescheiden und ist es auch. Und ja, es ist wider den Trend: Die Zahl der Krankenkassen sinkt stetig. Letztes Jahr waren es 39, heute sind es nur noch 36 und es werden laufend weniger. In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der Krankenkassen halbiert. Mit dem neuen KVG (*Krankenversicherungsgesetz*) 1996 wollte man eigentlich den Wettbewerb und die Innovation fördern, es sollte auch neue Kassen geben, keine einzige wurde seither gegründet. Der Bund hat es kürzlich in der Antwort auf eine Standesinitiative des Kantons Waadt klargemacht: Ein Kanton kann eine eigene Krankenkasse gründen, rechtlich ist das möglich.

Klar, nicht alles, was möglich ist, ist sinnvoll. Im Bereich der Krankenkassen will die Bevölkerung jedoch eine Veränderung. Die neuesten Umfragen sind eindeutig. Eine Mehrheit in der Schweiz würde heute eine Einheitskasse, was diese Motion nicht fordert, befürworten. Das zeigt, wie wenig Vertrauen die Menschen ins heutige System haben. Wir wollen die privaten Krankenkassen mit dieser Motion nicht abschaffen, sondern echte Wahlfreiheit schaffen, die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Trägerschaften. Will ich mich bei einem privaten Anbieter versichern lassen oder bei einem öffentlich-rechtlichen Anbieter, zum Beispiel einer «Zürcher Krankenkasse»? Diese Frage könnte sich die Bevölkerung dann stellen. Es wäre ein Mischmodell, welches wir im Gesundheitsbereich gut kennen, nicht nur bei den Spitätern, sondern auch bei den Unfallversicherungen. Die SUVA (*Schweizerische Unfallsversicherungsanstalt*) existiert seit 1918 und hat sich bewährt. Sie ist kein Bürokratiemonster und oft wohl viel pragmatischer, wirksamer und kostengünstiger als jede gewinnorientierte Versicherung.

Eine staatliche Versicherung würde zu einem ordnungspolitischen Problem führen, schreibt unser Regierungsrat in der Antwort auf unsere Motion. Die SUVA ist alles andere als ein Problem, sagen wir. Natürlich, es wäre sicherlich ein Challenge, die öffentlich-rechtlichen Krankenkassen so zu organisieren, dass die Aufgaben und Verantwortungen geregelt sind. Unser Kanton kennt sich aber damit aus. Die SVA (*Sozialversicherungsanstalt*) ist zum Beispiel eine solche Anstalt, und ich glaube, sie funktioniert vorbildhaft. Der Kanton Zürich darf und kann also

eine öffentlich-rechtliche Krankenkasse, eine «Zürcher Krankenkasse» gründen. Warum aber soll er dies tun? Dass die Bevölkerung des aktuellen Systems überdrüssig ist, habe ich erwähnt. Weitere sechs Gründe möchte ich mit Ihnen teilen: Erstens, echte Wahlfreiheit: Ich habe es zu Beginn erwähnt, zurzeit haben wir 36 Krankenkassen, welche OKP-Leistungen (*Obligatorische Krankenpflegeversicherung*) anbieten. Darin darf es überhaupt keinen Unterschied geben. Es ist das gleiche Angebot 36-mal. Der Wettbewerb findet höchstens über den Preis und die Werbeslogans statt. Eine kantonale Kasse gäbe den Versicherten endlich eine echte Wahl.

Zweitens, Kostenersparnis durch weniger Schnickschnack: Schätzungsweise 5 Prozent der Prämien gehen aktuell für Werbung und Verwaltung drauf. Wer hat noch nicht einen Werbeanruf, obwohl vom Bund eigentlich im Herbst 2024 verboten, erhalten? Die kantonale Kasse kann sich auf das Wesentliche konzentrieren und muss keine Strassenplakate, TV-Spots oder Millionenlöhne für Manager finanzieren. Apropos Managerlöhne: Der Sanitas-CEO (*Andreas Schönenberger*) hat seinen Lohn in wenigen Jahren fast auf 1 Million Franken verdoppelt, und bei allen grossen Kassen wird ähnlich fürstlich entlohnt. Und ja, es wird stetig wiederholt, dies mache nur ein paar Rappen auf die Prämien aus. Eine Krankenkasse besteht jedoch nicht aus einem einzigen Mitarbeiter, der so viel verdient. Die kantonale Kasse kann sich an der kantonalen Lohnstruktur ausrichten, die nachvollziehbar und transparent ist, und so auf jeden Fall zusätzlich Einsparung erzielen. Dritter Punkt, Transparenz und saubere Trennung von Grund- und Zusatzversicherung, ein weiterer Vorteil, den private Kassen gerne schönreden: Die fehlerhaften Abrechnungen zwischen Grund- und Zusatzversicherung kosten laut Studien Jahr für Jahr mehr als 1 Milliarde Franken. Das Bundesamt für Gesundheit prüft nur stichprobenartig. Eine kantonale Kasse würde sich auf die obligatorische Grundversicherung konzentrieren, ohne Nebeninteressen, ohne finanzielle Anreize zur Quersubventionierung.

Vierter Punkt, Gemeinwohl und Prävention als zentraler Auftrag: Neben den eigenen ökonomischen Interessen hat eine kantonale Kasse den Auftrag, für die Gesamtbevölkerung zu handeln. Da gehört Prävention zwingend dazu. Gemäss Artikel 26 KVG wären hier zum Beispiel Früherkennungsprogramme wie Brustkrebs-Screenings möglich. Eine kantonale Kasse könnte sich gezielt dem Vorbeugen von Krankheiten widmen, wie das zum Beispiel die SUVA bei Unfällen auch macht. Wir wollen aber nicht, wie es uns in der Antwort der Regierung sehr ausführlich unterstellt wird, individuelle Präventionsangebote miteinbeziehen und dadurch den Wettbewerb verzerren.

Fünftens, Verhandlungsposition stärken und Versorgungssicherheit gewährleisten: Eine kantonale Kasse wäre ein neuer Akteur am Verhandlungstisch der Tarifparteien und könnte lokale Interessen gezielt vertreten. Besonders in Zeiten, in denen über Abschaffung des Kontrahierungzwangs und Lockerung der Zulassung von Ärztinnen und Ärzten diskutiert wird, braucht es einen verlässlichen Partner, der nicht nur auf Rendite, sondern auf das lokale Gesundheitswesen achtet.

Und der letzte und sechste Punkt – und eigentlich der wichtigste –, demokratische Kontrolle: Die kantonale Kasse unterliegt der öffentlichen Kontrolle, also auch unserer, der Kontrolle des Kantonsrates. Das schafft mehr Transparenz, das ist mehr Arbeit, man wird für die komplexen Prozesse Interesse aufbringen müssen. Man wird aber dann die Aussagen der Krankenkassenlobbyisten auch Fakten entgegenstellen können und unser Gesundheitssystem damit auf ein nächstes Level bringen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen aufzeigen, dass unsere Motion keineswegs radikal ist oder einen Systemwechsel will. Im besten Fall wünschen Sie sich nun, dieser Kasse beizutreten. Früher gab es Gemeindekrankenkassen, sogar kantonale Kassensysteme, etwa in Basel-Stadt oder Graubünden. Wir würden also auf Bewährtes zurückgreifen und es ins 21. Jahrhundert holen. Die kantonale Kasse ist nicht das Ende des Wettbewerbs oder der Anfang der Staatsmedizin. Sie ist schlicht eine zusätzliche faire Option für die Bevölkerung, eine Wahl, die zu Zürich passt, nicht revolutionär, sondern einfach logisch und vernünftig. Danke, dass Sie diese Motion unterstützen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die SVP-Fraktion sieht hier keinen zusätzlichen oder kosteneinschränkenden Wettbewerb, da die gesetzlichen Vorgaben auch von dieser neu zu schaffenden Krankenkasse eingehalten werden müssen, also einschränkend wirken, oder der Steuerzahler finanziert den Rest. Sie können sich selber vorstellen: Die Kostenfolge für den Kanton ist nicht abschätzbar, wenn er in dieses Business einsteigt und eine eigene Krankenkasse schaffen würde. Zudem würde die Rolle des Kantons Zürich im Gesundheitswesen noch komplexer als Eigentümer der kantonalen Spitäler, als Genehmigungs- und Festsetzungsbehörde und als Versicherer zusätzlich in dieser Funktion auch noch. Und Sie vermischen dann alle Tätigkeiten und fordern Transparenz. Zusätzlich sollte der Steuerzahler dann noch schauen, dass die Krankenkassenprämien möglichst tief sind. Sie sehen also, am Schluss bleibt der Zwang für die kantonalen Angestellten, dieser Klasse beizutreten, damit man ein paar Versicherte hat. Und man wird dann nachher genau feststellen müssen, dass Risikopatienten oder für die Krankenkasse risikobehaftete Personen nachher in die kantonale Krankenkasse abgeschoben werden. Das heisst, die Sozialämter hätten dann viel zu tun und die Krankenkasse würde dann zusätzlich belastet mit diesen Fällen. Sie können sich also vorstellen: Wir sehen kein so rosiges Bild wie Jeannette Büsser, und wir möchten auch darauf hinweisen, dass das Stimmvolk am 11. März 2007 eine Einheitskrankenkasse klar abgelehnt hat. Dieser Vorstoss soll hier wohl wieder in diese Richtung gehen, dass man sagt, der Kanton soll den ersten Schritt machen, und danach wollen Sie weitergehen zu einer Einheitskrankenkasse. Wir möchten nicht einmal den ersten Schritt machen, wir lehnen die Schaffung einer kantonalen Krankenkasse ab und bitten Sie natürlich, das selbst auch so zu machen. Denn es wäre für den Kanton ein nicht absehbares finanzielles Risiko, dass man hier eingehen würde.

Brigitte Röösli (SP, Illnau-Effretikon): Es ist Zeit. Es ist Zeit, etwas gegen die explodierenden Krankenkassenkosten zu unternehmen. 2023 lagen die Verwaltungskosten der Krankenkassen bei rund 4,9 Prozent und sage und schreibe 1,72 Milliarden Schweizer Franken. Das ist sehr viel Geld. Es gibt aber auch Krankenkassen, welche über 10 Prozent Verwaltungskosten ausweisen. Dieses Geld geht viel zu oft in Werbung, Vermittlungspauschalen und grosse Honorare. Wir haben hier ein Transparenzproblem bei den Verwaltungskosten, da es häufig nicht nachvollziehbar ist, wie die Kosten zwischen den Grundversicherungen und den Zusatzversicherungen verteilt werden. Es liegt im Ermessen der Versicherung, die Kosten von zum Beispiel Dienstleistungen und IT zwischen Grund- und Zusatzversicherung zu verteilen, so wie es dann gerade passt. Es gibt dazu dann auch keine klaren Zahlen, die fehlen uns.

Es gibt aber nicht nur Kassen mit hohen Verwaltungskosten, es geht auch anders. Das zeigt zum Beispiel die kleine Krankenkasse des Luzerner Hinterlandes, KKLH, welche 2023 nur gerade einmal 2,7 Prozent Verwaltungskosten nachwies. Diese Kasse ist eine der effizientesten der Schweiz, hat aber nur gerade mal 24'000 Versicherte. Ihr gelingt dies, weil sie eine sehr schlanke Betriebskultur hat, praktisch keine Zusatzversicherungen anbietet, sehr wenig Werbung, keine Telefonwerbung betreibt und praktisch keine Vermittlungsprovision anbietet. Und sie hat nur eine Niederlassung. Diese Kasse ist regional gut verankert, zeichnet sich durch ihre Kundennähe aus, hat sehr gute Kommentare und sie hat aber auch Kundinnen und Kunden in anderen Kantonen, also wir können dort zum Beispiel auch beitreten. Es können sich alle Personen, welche in der Schweiz leben, versichern lassen. Die KKLH arbeitet also schlank, transparent und effizient und spart damit Geld, welches den Versicherten zugutekommt. Wenn wir im Kanton Zürich eine öffentliche Krankenkasse gründen würden, müsste diese aus meiner Sicht eine ähnliche Struktur haben wie die KKLH.

Die Antwort der Regierung auf unsere Motion zeigt auf, dass sie kein Interesse hat, eine neue Krankenkasse zu gründen. Sie will lieber die Kosten im Gesundheitswesen weiter ankurbeln, indem die Kassen belohnt werden, welche gross und mächtig sind und ebenso teure CEO anstellen. Ich bin überzeugt, dass es sinnvoll wäre, eine freiwillige öffentliche Krankenkasse zu lancieren, damit die Menschen die Wahl haben. Und das ist freiwillig und wird freiwillig bleiben, da wir die Gesetzgebung so haben, Lorenz Habicher. Also es ist keine Einheitskasse und es ist eine Kasse, die für alle zur Verfügung steht. Der Kanton Zürich kann mit einer eigenen Krankenkasse dafür sorgen, dass endlich Transparenz in Bezug auf die Verwaltungskosten in der Grundversicherung entsteht und nicht weiter Geld aus dem Fenster geworfen wird. Es gibt endlich Vergleichszahlen. Wir haben Einblick in die Bücher und wir können nachher das auch für schweizweite Themen weiterbearbeiten.

Heute ist der Moment gekommen, um den ersten Schritt zu wagen. Ich bitte Sie, diese Motion zu unterstützen und damit ein Zeichen zu setzen, damit die Verwaltungskosten in den Krankenkassen massiv gesenkt werden können.

Reto Agosti (FDP, Küsnacht): Die FDP-Fraktion bedankt sich bei den Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) für den beleuchtenden Bericht zur Motion Büsser, Röösli und Wyss. Ja, die Kosten im Gesundheitswesen, die steigen natürlich, und das wissen wir alle. Die Kostentreiber sind sehr mannigfaltig und ein Teil davon sind sicher die administrativen Kosten, die die Krankenkassen verursachen; wir haben soeben die Zahl gehört von Kollegin Röösli: 1,73 Milliarden Franken. Wir können uns aber schlicht nicht vorstellen, wie man eine Kasse mit viel weniger Verwaltungskosten betreiben kann, wenn das eine öffentliche Krankenkasse des Kantons Zürich sein will mit Hunderttausenden von Versicherten und eben nicht 24'000 wie im Luzerner Hinterland. Die stärksten Kostentreiber sind natürlich die Leistungen und diese werden durch die OKP national geregelt. Und es ist nicht klar, wie man eben günstiger sein kann und gleichzeitig auch noch Prävention betreiben will, ohne dass dann irgendwann doch staatliche Hilfe beansprucht wird. Der Kanton Zürich hat auch eine Zentrumswirkung, und die vielen Zuwanderer, die sollten dann in eine Krankenkasse, die zwar nicht obligatorisch ist, aber wieder einen Kassenwechsel verursacht und keine Zusatzleistungen anbietet. Die meisten Patienten wollen eben Grundversicherung und Zusatzversicherung aus einem Hause haben.

Deshalb werden wir die Motion nicht überweisen.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Gut gemeint ist es am Ende des Tages nicht unbedingt gut möglich, denn die aktuell gültige obligatorische Krankenpflegeversicherung, kurz OKP, ist, wie der Name schon sagt, obligatorisch und bietet aufgrund des Leistungskatalogs für alle in der Schweiz lebenden Menschen eine breit gefächerte und hochstehende medizinische Versorgung und Leistung. Hier würde ein kantonales, also staatliches Angebot keinen Mehrwert bieten. Der Kanton als Eigentümer formuliert die Eigentümerstrategie für die eigenen kantonalen Spitäler. Die von uns kritisierte, bereits jetzt bestehende Doppelrolle als Genehmigungs- und Festsetzungsbehörde würde mit dem Auftrag nun auch noch als Versicherer auftreten und um eine zusätzliche Rolle zur dreifachen Aufgabe erweitert. Es gäbe neben den Krankenkassen auch noch den Kanton, der in diesem Becken, wo alle den gleichen Auftrag haben, mitschwimmen würde.

Bei näherer Betrachtung der Forderung der Motionärrinnen wird klar, dass die Umsetzung eine Verzerrung bei der Bezahlung von Leistungen verursachen würde – wieder einmal. Es wäre angenehm, denn die Risiken würden dann durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler übernommen. Es ist festzuhalten, dass für die OKP ein Gewinnverbot herrscht und bei genauerer Betrachtung die durchschnittlichen Verwaltungskosten der Krankenversicherungen gemäss Auswertungen des BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) sich auf rund 5 Prozent belaufen. In diesem Fall sind die Hauptkostenträger nicht die Verwaltungskosten, sondern die erbrachten oder bezogenen Leistungen der Menschen. Es ist nicht vorstellbar, dass genau diese Kosten durch eine kantonale Krankenversicherung gesenkt würden. Ich gehe davon aus, dass genau das Gegenteil passieren würde. Es ist davon auszugehen, dass das Betreiben einer Krankenversicherung für den Kanton mit

Mehrkosten und mehr administrativem Aufwand verbunden wäre. Es ist eine Annahme und Hoffnung, dass die Kosten gesenkt würden, und kein in sich stimmiges Wissen.

Woher käme denn die höhere Kostentransparenz? Wir leben in der Schweiz die freie Arzt- und Spitalwahl. Wie würde sich eine kantonale Krankenversicherung in das bestehende System eingliedern? Auf den ersten Blick ist die Sicht meist klar und nicht getrübt, vielleicht, weil man auch nicht weit genug sieht. Nimmt man sich die Zeit, etwas länger hinzuschauen, dann wird der Blick getrübt und vieles verschwindet im Nebel.

Gut gemeint ist nicht immer gut möglich, fair möglich, richtig, zielführend und umsetzbar. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Die Motionärin betont, dass sie ja keine Einheitskasse will, das habe ich gut verstanden. Sie fordert eine öffentlich-rechtliche Krankenkasse, Träger: Kanton Zürich. Die Vorschriften für diese Krankenkasse wären ja dieselben wie für alle anderen, das heisst: Jeder Bewohner, jede Bewohnerin in der Schweiz hätte das Recht, sich hier versichern zu lassen. Ich habe versucht herauszufinden, wie die Eigentümerstrategie dieser Krankenkasse sein sollte. Sie muss transparent sein, sie sollte Prävention bezahlen. Über die Höhe der Krankenkassenprämien wurde nichts gesagt. Es wurde auch nicht dargelegt, wie man allenfalls dann die Reserven schaffen müsste, die jede Kasse aufbauen muss. Oder anders gesagt: Hier hat es kein Konzept dahinter, ausser dass es öffentlich-rechtlich sein muss. Und dann die Transparenz mit den Verwaltungskosten: Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist diese Aufsicht in einem von der SP geführten Departement (*gemeint ist das Eidgenössische Departement des Innern unter Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider*), und ich nehme an, diese Verwaltungskosten werden sicher ganz genau überprüft und bewilligt, ob das so geht oder nicht. Das Einzige, was man sagen kann: Wenn man diese Krankenkasse tatsächlich gründen würde, wäre der Konkurs bereits programmiert.

Wir werden die Motion nicht unterstützen.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Die Krankenkassen verursachen unnötige Kosten. Im Rahmen der Grundversicherung müssen sie alle die genau gleiche Leistung erbringen und unterscheiden sich höchstens in der Frist für die Verarbeitung eingeschickter Rechnungen. Dennoch betreiben sie jeden Herbst einen immensen, teuren Werbeaufwand mit Plakaten, Versänden, Inseraten bis hin zu Werbespots, durchgesponserten Trams oder Verkaufsteams, welche abends um 19 Uhr, just dann, wenn die Menschen beim Essen sitzen, an der Haustür klingeln, um von einer günstigeren Krankenkasse zu überzeugen und dafür eine Provision einzustreichen. Außerdem kostet die Administration der vielen Krankenkassen wesentlich mehr als jene von einer einzigen kosten würde, besonders bei den bezahlten Spitzenlöhnen.

Dass die Alternative Liste für eine Einheitskrankenversicherung ist, dürfte für Sie alle nichts Neues sein. Nun, heute sprechen wir aber über einen bei weitem weniger radikalen Vorstoss. Wir fordern neben den vielen privaten Krankenkassen eine

kantonale. Mit einer eigenen kantonalen Kasse können wir als Kanton Erfahrungen sammeln. Da sie sich nicht im Werbebecken tummeln muss, sich ausschliesslich im Bereich von OKP-Leistungen engagiert und sich die Löhne nach den Funktionsstufen des Kantons richten, werden wir Zahlen generieren können, Zahlen, die aufzeigen, welche Einsparungen so erzielt werden könnten. Und die Menschen hätten eine Wahl zwischen einer öffentlich-rechtlichen und einer privaten Krankenkasse.

Der Initialaufwand muss natürlich geleistet werden, und dieser ist nicht unerheblich, das ist uns bewusst. Die Erkenntnisse, die wir aber schliesslich daraus erhalten, werden uns ein für allemal aufzeigen, ob mit einer staatlichen Krankenkasse tatsächlich Geld eingespart werden kann. Die Alternative Liste überweist diese Motion. Tun Sie es uns bitte gleich. Danke.

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Herzlichen Dank für die interessanten Rückmeldungen zu dieser Motion. Ich möchte gerne ein paar Dinge replizieren.

Zu Lorenz Habicher: Der Kanton geht absolut keine finanziellen Risiken ein. Für die von dir erwähnten Probleme gibt es den Meccano des Risikoausgleichs. Dieser wurde 1996 im KVG eingeführt, weil die Kassen ja Angst hatten – wenn wir zu viele alte, kranke Menschen haben, zu viele Frauen, all das –, die Kassen haben für sich geschaut. «Eine Kasse kann praktisch nicht Konkurs gehen», sagen Sie mir jetzt. Vor ein paar Wochen ging aber im Kanton Zug eine Krankenkasse auf Ende dieses Jahres Konkurs, die Kasse KLuG, ja, aber das hat nichts mit dem Meccano zu tun, sondern mit einer schlechten Geschäftsführung.

Dann möchte ich zu Reto Agosti sagen: Es gibt ja praktisch keine Zusatzversicherten mehr, es sind weniger als 30 Prozent, und der Trend geht also in die Richtung, dass es immer weniger Zusatzversicherte gibt. Es gibt auch Kassen wie die Krankenkasse Wädenswil – halt auch eine kleine, aber sie hat ihre Grösse in den letzten drei Jahren auf 20'000 verdoppelt –, sie hat keine Zusatzversicherten und macht sogar noch Gewinn. Wie? Weil sie einfache Löhne hat für alle Mitarbeiter, weil sie keine Werbung macht, weil sie einfach sonst nichts macht, als sich auf ihre Aufgabe zu konzentrieren.

Sepp Widler, du hast eben auch das mit dem Konkurs erwähnt und es sei schwierig und kein Konzept dahinter: Es braucht kein Konzept. Das KVG schreibt sehr genau vor, was eine Krankenkasse machen muss, da steht es drin. Und es ist möglich, weil es das früher auch gab, und die Inhalte wurden geklärt. Es wäre einfach eine 37. Krankenkasse, die genau gleich funktioniert wie andere Kassen, einfach ein bisschen mit einem anderen Fokus und anderen Rahmenbedingungen. Das dazu.

Es war klar, Sie haben Ihre Meinungen ja schon gemacht, obwohl es für eine Grüne, muss ich schon sagen, auch für mich ein recht liberaler Vorstoss ist. Denn ich denke, dass es einfach eine gute Alternative auch zu einer Einheitskasse ist, über die wir sowieso sprechen werden, die SP hat ja national eine Initiative geplant. Und ich hoffe einfach oder ich wünsche mir, Sie würden sich irgendwann dann in zehn Jahren an diese Motion erinnern, als wir, die Grünen, die linken

Parteien hier im Rat, Ihnen eine Alternative angeboten haben, eine Alternative, die den Kanton Zürich wirklich gut positioniert hätte für jegliche zukünftige Entwicklung. Auch wenn die Einheitskasse kommen würde und jeder Kanton zum Beispiel eine machen müsste – was die Idee ist, in 26 Kantonen eine Kasse zu machen –, dann wären wir einfach auch schon bereit.

Und ich muss einfach sagen: Die SVP spricht nicht mit ihren nationalen Vertretern. Hannes Germann (*Ständerat*) hat erwähnt, dass er so etwas begrüssen würde. Auch in der Mitte gibt es Gerhard Pfister (*Nationalrat*), der in diese Richtung gehen würde und über solch eine Alternative sicherlich froh wäre. Also ich würde mir wünschen, Sie sollten ein bisschen mit Ihren nationalen Vertretern sprechen, denn es wird in Zukunft eine andere Lösung brauchen. Dieses System, so wie es heute ist, geht nicht. Danke.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Die vorliegende Motion wird sicher nicht dazu beitragen, dass die Gesundheitskosten gesenkt werden können. Der Grund, warum die Krankenkassenprämien steigen, ist, dass zunehmend mehr Leistungen in Anspruch genommen werden. Ich verzichte jetzt darauf, auszuführen, dass wir immer älter werden, immer mehr Leute werden et cetera. Zudem sind die Leistungen der Grundversicherung, die von den Krankenkassen übernommen werden müssen, bundesrechtlich geregelt. Eine kantonale Krankenkasse kann also nicht mehr oder weniger Leistungen anbieten als die privaten Versicherer. Ich bin bisher immer davon ausgegangen, dass die linke Seite der Meinung ist, dass wir eigentlich eher zu viel als zu wenig Krankenkassen haben, darum kann ich nicht ganz nachvollziehen, dass wir noch eine zusätzliche Krankenkasse auf Kantonsgebiet schaffen sollen. Letztes Jahr hatten wir 39 Krankenversicherer. Bei der Einführung des KVG waren es noch 145, die eine obligatorische Krankenbesicherung anboten, und 2025 sind wir nun noch bei 35.

Was aber klar ist: Wenn der Kanton eine eigene Krankenkasse schafft, bedeutet das, dass mehrere hundert Stellen geschaffen werden müssen. Zum Vergleich: Die Gesundheitsdirektion hat heute etwa 380 Mitarbeitende. Wir sind die kleinste Direktion – natürlich äusserst effizient –, um all diese Herausforderungen gut bewältigen zu können. Aber wenn ich Ihnen den Vergleich darlege: Im Kanton Zürich haben wir ja 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Die CSS hat 1,47 Millionen Versicherte, die Helsana 1,53 Millionen, wenn ich es richtig recherchiert habe. Die CSS hat 3000 Mitarbeitende, die Helsana hat 3400 Mitarbeitende. Wie gesagt, ich habe heute 380 Mitarbeitende.

Dann ist es auch nicht so, dass, wie Kantonsrätin Büsser sagt, der Kanton kein finanzielles Risiko einginge. Wenn diese Motion eine Mehrheit finden würde und wir eine solche Krankenkasse schaffen würden, müssten wir den ganzen Apparat hochziehen, damit sich jemand, der sich dann versichern lassen will, sich auch versichern lassen kann. Und das hat immense Kostenfolgen als Auswirkung. Es wären, wie gesagt, mehrere hundert Stellen, die beim Kanton geschaffen werden müssten. Zudem stelle ich selber die Frage, ob der Staat, also der Kanton, also wir, diese Aufgabe besser erfüllen würden, als es die privaten Versicherer heute tun. Die Verwaltungskosten der privaten Versicherer in der Grundversicherung

sind heute bereits tief. Die grossen Kosten entstehen durch die Leistungen selber, nicht durch die Verwaltungskosten.

Es wurde auch schon erwähnt, der Kanton käme noch in eine weitere Rolle: Sie diskutieren ja immer wieder die Governance und die verschiedenen Rollen, die wir schon haben, und ich glaube nicht, dass ich diese auch noch ausüben möchte. Wir würden ausserdem als staatlicher Akteur mit Krankenversicherern in einen Wettbewerb treten, was aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass bei einer staatlichen Krankenkasse am Ende die Steuerzahllenden des Kantons dafür bezahlen.

Zusammengefasst ist eine kantonale Krankenkasse nicht der richtige Weg, um die Gesundheitskosten zu dämpfen und die Versicherten zu entlasten. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 168/2024 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.